

..... und der Zukunft zugewandt

Der Erfolg hat meist viele Väter und Mütter, der Misserfolg - und sei es auch nur ein gefühlter - meist keine. Ich bin einer von ihnen.

Wir haben am 5. November 2010 sehr manifest Renate Künast zur Kandidatin für das Amt der Regierenden Bürgermeisterin von Berlin ausgerufen, verbunden mit dem Anspruch, Politik für die ganze Stadt machen zu wollen und zu können. Ein Politikverständnis, das sich bewusst dafür entschieden hat, Berlin als Ganzes zu denken und gestalten zu wollen. Wir haben diesen Weg eingeschlagen, sind aber nicht weit genug auf dieser Strecke gekommen.

Jetzt wird viel darüber geredet und geschrieben, was man hätte anders tun müssen. Für viele innerhalb und außerhalb der Partei ist das Ergebnis ein Misserfolg, weil wir weit hinter den Umfragen zurückgeblieben sind, weil wir es wieder nicht in die Regierung geschafft haben. Heute muss hinzugesetzt werden: und weil wir es wegen unserer fraktionsinternen Querelen noch nicht einmal geschafft haben, unsere Rolle als Oppositionsführer anzunehmen, geschweige denn auszufüllen. Wir haben es damit der SPD leicht gemacht, ihre Hingabe an die CDU zu erklären und den Stimmungswechsel von Rot-Grün zu Rot-Schwarz zu erreichen. Wer wollte es Wowereit verdenken, dass er mit diesen Grünen nicht regieren will. Den wahren Grund seiner Absage an uns - die Verluste der SPD und die dadurch verursachte dünne Mehrheit von einem Sitz für Rot-Grün, seine Angst vor dem Simonis-Effekt, letztendlich seine Mut- und Perspektivlosigkeit für Berlin - kann er jetzt leicht verdecken.

Wie konnte es passieren, dass eine kleine Gruppe sich selbst ermächtigte, Ergebnisse innerparteilicher Wahlen öffentlich so in Frage zu stellen, dass wir, die wir einen so hohen Anspruch an Transparenz und die Trennung von persönlichen und politischen Interessen haben, nicht mal problematisierten, dass es unseren eigenen Ansprüchen zuwiderlaufen könnte, wenn der Lebenspartner des Landesvorsitzenden zum Fraktionsvorsitz greift, wenn die politisch einflussreichsten Ämter familiär verbunden werden sollen. Wir geißeln in anderen Parteien auch schon den leisesten Hauch der Verquickung von persönlichen, insbesondere wirtschaftlichen Interessen und politischen Ämtern, der Ballung von Machtpositionen zu Recht auf schärfste. Im Rahmen flügelarithmetischer Postenverteilung wird das nicht angesprochen. Transparenz, Offenheit? Diejenigen, die jetzt für sich Minderheitenrechte als Legitimation für ihren Führungsanspruch laut reklamieren, kommen aus einem Kreisverband, der in dem Ruch steht, von einer so genannten „Familie“ kontrolliert zu werden, in dem Relikte wie das imperatives Mandat noch fröhliche Urstände feiern, eine politische Kultur, die alle bei den Grünen für überholt hielten. Dass jetzt unter dem Deckmantel grüner Flügelarithmetik versucht wurde, diese politische Kultur ohne Diskussion auf die Landesebene zu übertragen, kann nicht unwidersprochen und darf auch nicht unerwähnt bleiben. Wie sonst können wir in und aus Berlin noch glaubhaft vermitteln, dass unsere moralischen und politischen Wertemuster die sind, die wir brauchen um die Zukunft zu meistern.

Ich habe das nicht kommen sehen, nicht geahnt, dass vier Abgeordnete sich selbst ermächtigen, Mehrheitsentscheidungen öffentlich in Frage zu stellen, nicht vermocht die Situation im Vorfeld so zu entschärfen, dass sie nicht zum Schaden für die Partei wird. Auch dafür übernehme ich Verantwortung und auch deshalb bin ich zurückgetreten.

Wir müssen für uns jetzt schnell klären, wohin wir wollen. Die Linken in der Fraktion und in der Partei meinen, der beschrittene inhaltliche Weg in die Mitte der Gesellschaft habe sich als Sackgasse erwiesen, der "Pro-CDU-Kurs" habe viele Stammwähler verunsichert. (Beschluss des Berliner Grünen Linkentreffen vom 4.11.2011.) Woher die fast 100.000 Wähler kommen, die wir dazu gewonnen haben, vermögen sie nicht zu erklären, auch nicht, warum es uns gelungen ist, mit diesem Kurs der Offenheit bis auf 30 % in den Umfragen zu klettern. Sie wollen sich einseitig verorten als Anwälte der sozial Schwachen, der MigrantInnen, der Ausgegrenzten - die da oben, wir hier unten. Sie wollen nicht den Ausgleich und das Miteinander, das Sowohl-als-Auch von Bürgerrechten und öffentlicher Sicherheit, von wirtschaftlichem Wachstum und Chancengerechtigkeit, von Investitionen in ökologische Erneuerung und bezahlbaren Mieten, von ökologischer Marktwirtschaft und kommunaler Dienstleistung, von hohem Einkommen und Steuereinnahmen für die Stadt. Sie wollen sich nicht um die ganze Stadt kümmern, um Haushaltskonsolidierung, wirtschaftliche Prosperität und soziale Gerechtigkeit. Wenn das die Ausrichtung unserer Politik werden soll, werden wir nicht einmal das inhaltliche Niveau erreichen, das Rot-Rot in zehn Jahren erreicht hat. Das führt in eine Sackgasse, in die sich nicht mal mehr die Linkspartei begeben würde.

Ohne eine vorherige Klärung solcher grundlegender Fragen, die in anderen Landesverbänden und im Bund nach dem Parteitag von Neumünster 1991 Stück für Stück durch Häutungen geklärt wurden, lässt sich der Anspruch, den wir in Berlin erhoben haben, nicht verwirklichen.

Wichtige Fragestellungen

Wir haben in diesem Wahlkampf Fehler gemacht, aber auch viel erreicht. Nach dieser Wahl ist der Landesverband sicher nicht mehr derselbe. Dem wohnt etwas Positives inne, dass es zu bewahren gilt.

Wir werden als Grüne - auch wenn die Umfragen seit geraumer Zeit im Zuge einer gewissen Normalisierung bundesweit runtergehen - in den kommenden Jahren immer wieder vor den Herausforderungen stehen, vor denen wir in Berlin standen:

- Wagen wir es, die Hegemonie der SPD im linken Lager und in den Metropolen in Frage zu stellen?
- Wie gehen wir dann mit Koalitions- und Wahlaussagen um?
- Können und dürfen Grüne so direkt einen solchen Machtanspruch formulieren?
- Wie bleiben wir wir selbst, wenn wir diesen Anspruch geltend machen?
- Müssen und dürfen wir so personalisieren?

- Wie gewinnen wir die für solche Dimension notwendige WählerInnen hinzu, ohne unsere StammwählerInnen zu verprellen?
- Wie schaffen wir es als etablierte Partei, den Kontakt und die Verwobenheit mit den neuen sozialen Bewegungen herzustellen?

So wie die Hamburger erstmals das Experiment einer schwarz- grünen Regierung gewagt haben, haben wir es gewagt, diesen Wahlkampf zu führen. So wie Hamburg eine wichtige Erfahrung für uns Grüne war, so war es auch - trotz des Misserfolges - der Wahlkampf in Berlin.

Wie alles anfing

Am Anfang war das Wort. Es wurde gesprochen von Christian Ströbele. Beflügelt von steigenden Umfragewerten - am 8.7.2009 sah uns Infratest erstmals bei 20 % - rief er am 14.01.2010, ohne vorher mal mit ihr selbst oder den Verantwortlichen in Berlin gesprochen zu haben, Renate Künast zur Spitzenkandidatin aus (honni soit qui mal y pense). Ihm folgte in gleicher Manier Wolfgang Wieland und fortan wurden wir die Diskussion nicht mehr los. Wir hatten das ganze Jahr 2010 damit zu tun, diese Debatte und den daraus resultierenden öffentlichen Druck abzuwehren. (Die BZ bezichtigte uns des Wählerbetrugs, weil wir ihnen vorenthielten, wer unsere Spitzenkandidatin würde.) Auch parteiintern war es kaum möglich noch unverdächtig darüber zu diskutieren, ob Kandidatur und Zeitpunkt gut und richtig sind. Einer der ersten Fehler war, diese Diskussion nicht wirklich transparent und offen geführt zu haben.

Wir einigten uns unter diesem Druck mit Landes- und Fraktionsvorstand auf die Formel, es am Ende des Jahres 2010 auf der Grundlage der dann vorliegenden Umfrageergebnisse zu entscheiden. Voraussetzung sollte sein, dass wir keinen unaufholbaren Rückstand zur SPD hätten - hatten wir dann nicht, wir lagen vor ihnen. Wir gingen viel zu früh an den Start und ohne uns die Bedeutung der Aufgabe und die Herausforderung wirklich klar zu machen.

Der Berliner Burgfrieden

Es war ziemlich schnell klar, dass ein solches Unterfangen nur ging, wenn wir den schwelenden Streit mit unseren Linken beilegen. Im September 2009 hatten sie die gerade von der SPD gewechselte Abgeordnete Bayram als ihre Kandidatin für den Fraktionsvorstand präsentiert. Sie fiel durch. Das wurde als Affront gesehen und führte zu heftigen Zerwürfnissen und Unterstellungen. Es ging um Posten, nicht um Inhalte - eine Folge der mittlerweile strömungspolitisch aufgeladenen Doppelspitzen.

Es gab daraufhin vier Treffen mit den Linken, an denen auch Ströbele und Behrendt teilnahmen. Auf diesen Treffen wurde u.a. besprochen, dass es für den Fall eines SPD Wahlsieges auch die Option Regierungsbildung mit der CDU geben sollte. Die Linken verlangten vorgezogene Landesvorstandswahlen, um einen eigenen Kandidaten im Vorsitz zu installieren und, dass der vorzeitigen Rücktritt von Irma Franke-

Dressler und/oder Stefan Gelbhaar organisiert würde; ein eher unsittliches Verlangen.

Anlässlich dieser Treffen wurde auch besprochen, dass das Programm in einem Prozess, der sich an den der Erstellung des Bundestagswahlprogramms anlehnte erstellt werden solle. Auch die Linken wurden aufgefordert, Leute zu benennen, die daran teilnehmen sollten.

Nicht gesprochen wurde über den Fraktionsvorsitz und Senatsposten - wie sollte auch. Das war auch von linker Seite nicht gewollt, hätte es doch eine zu starke Einbindung und Verantwortung bedeutet.

Die Mär, die Wahlkampfstrategie sei von einer Realo-Clique um Renate Künast ausgeheckt worden, entbehrt jeder Grundlage. Jedenfalls Behrendt und Co waren in die grundlegenden strategischen und strukturellen Entscheidungen eingebunden und tragen Verantwortung.

Dass sich ein Dirk Behrendt im Wahlkampf einen schlanken Fuß gemacht hat, von nichts mehr was wissen wollte und sich ausschließlich um seinen Wahlkreis kümmerte (ich bekam die Anfragen von der Personalvertretung der JVA Tegel, ob sich den der Herr rechtspolitische Sprecher nicht auch mal sehen lassen wolle; die anderen Parteien seien schon alle da gewesen), steht auf einem anderen Blatt. Es ist schwer vorstellbar, dass die Linken über die Connection Wesener/Behrendt nicht in alle wesentlichen Entscheidungen eingebunden war und davon wusste. Seit März 2011 gab es ständige und regelmäßige Runden zwischen Renate Künast, Landesvorsitz und Fraktionsvorsitz, in denen alle wesentlichen Fragen gemeinsam geklärt wurden. Jeden Montagmorgen gab es eine Lagebesprechung mit LaVo, FraVo, Renate, der Agentur und anderen. Jeden Freitag gab es nachmittags die so genannte Fünfer Runde, Renate plus LaVo und FaVo. Der linke Part des LaVo, Wesener, war ständig involviert.

Wenn jetzt von den Linken eine personelle Neuausrichtung des Landesverbandes verlangt wird, kann sich das folglich nicht nur auf den Fraktionsvorsitz beziehen. Alle zur Zeit im Landesvorstand beteiligten Linken waren einbezogen. Auch sie tragen Verantwortung und müssen sich dieser stellen.

Gewogen und zu leicht befunden

Unserem Anstieg in den Umfragen von 13,1 % in 2001, auf 20 % im Juli 2009 und dann bis zu 30 % im Oktober 2010 wohnte nicht nur ein quantitatives Moment inne. Hohe Umfragewerte sind Arbeitsaufträge für die Zukunft. Wir haben dieses qualitative Moment nicht erkannt, diese Anforderung nicht angenommen und in den Landesverband getragen. Das, was jetzt an Aufarbeitung läuft, hätte vor der Entscheidung, die gefühlte Hegemonie mit einem politischen Machtanspruch zu untersetzen, in den Landesverband getragen und offen diskutiert oder vielleicht auch nur vorgestellt werden müssen. Der Landesverband war einfach noch nicht so weit. Wir kannten alle nur den Gestus der Opposition. Das kollektive Gefühl, Regierungsverantwortung zu tragen, das Gefühl, dass politisches Handeln weitreichende Folge nach sich zieht,

dass Positionierungen nicht nur dazu dienen, Debatten und Diskussionen zu bereichern und zu zuspitzen, sondern auf ihre Realitätstauglichkeit überprüft und ihre Auswirkungen für die ganze Stadt untersucht werden, das hatten wir noch nicht erlebt.

Wir haben uns immer gewundert und beklagt, warum wir nicht dürfen, was andere Parteien dürfen, warum die Presse bei uns doppelt kritisch nachfragt, unsere und vor allem Renates Äußerungen bis in die Verästelungen auseinandernimmt. Das war zum Teil unfair und journalistisch nicht sauber. Aber es ist auch die Aufgabe der Presse gewesen, uns, die wir noch nie in dieser Rolle aufgetreten sind, zu hinterfragen. Wie sonst sollte die Bevölkerung eine Bewertung von uns vornehmen. SPD, CDU, Linke, von denen wusste man, wie sie das Regierungshandwerk beherrschen, CDU und Linke standen noch nicht mal in dem Ruch, die Führungsposition einnehmen zu können. Es waren die Aufgabe der Presse genau hinzugucken. Wir wollten führend 3,5 Millionen Menschen regieren. Deshalb haben sie uns gewogen – und für zu leicht befunden. Und wir sind es in Berlin, wie wir gerade sehen.

Darauf hätten wir den Landesverband vorbereiten müssen, wieder und immer wieder prüfen, ob die Organisation schon trägt. Deshalb ist die gefühlte Kluft zwischen der Spitzenkandidatin und der Partei entstanden. Die Vorstellung, wir könnten einfach das machen, was wir immer in Wahlkämpfen gemacht haben, mit etwas anderem Outfit und eben der beliebtesten, profiliertesten Grünen an der Spitze, konnte nicht funktionieren. Man muss seine eigene Organisation auf die Anforderungen und die Bedeutung dessen, was da kommt vorbereiten. Wir haben so zugesagt das Schiff, mit dem wir den Atlantik überqueren wollten, erst nach dem Ablegen angefangen zu bauen und zum Teil hat die Besatzung auch noch auf einem anderen Schiff gearbeitet – und zwar nicht die deckhands, sondern Navigator, Lotse und Funker. Das hat zu Kompetenzwarr, Intransparenz und langen Entscheidungswegen geführt. Klare Strukturen, klare Kompetenzen und Personal, das Erfahrung auf der Ebene hat, auf der man spielen will, ist entscheidend.

Koalitionsfragen

Wir haben in den letzten fünf Jahren Opposition auch unser Verhältnis zu den bürgerlichen Parteien anders als bisher ausgelotet. Die politische Kultur der Hinterzimmerdebatte mit der CDU haben wir verlassen und an der einen oder anderen Stelle offen die Kooperation gesucht - die gemeinsame Berlin Konferenz nach der Berlin-Entscheidung des BVerfG, die Fachgespräche zur Sportförderung in den Schulen, vielen gemeinsamen Anträgen in der Haushaltspolitik, ja selbst in der Rechtspolitik und im Datenschutz. Wir haben nie unsere Positionen aufgegeben um diese Kooperation zu ermöglichen - wohl eher andersrum. Das hat unsere Eigenständigkeit gefördert und mit dazu beigetragen, dass wir als politische Kraft in der Stadt anders wahrgenommen wurden. Wir haben das aber nicht konsequent durchgehalten und uns letztendlich wieder treiben lassen von der abstrakten Koalitionsfrage. Wir haben es der SPD leicht gemacht, uns mit der grün-schwarz Debatte negativ zu labeln, weil wir nie inhaltlich gekontert haben, weil wir uns weggedrückt haben und damit beide -

SPD und CDU - nicht gestellt haben. Selbst als wir uns gegen grün-schwarz entschieden haben, haben wir das nie inhaltlich begründet. Und im Gegenzug haben wir ein Bündnis mit der SPD eben auch nicht inhaltlich begründet, uns auf die Leerformel der größten Schnittmengen zurückgezogen.

Wir müssen uns doch fragen, wie lange wir uns noch auf diese Art mit der leidigen Koalitionsfrage auseinander setzen wollen, uns immer wieder dafür rechtfertigen zu müssen, dass wir Machtoptionen genauso inhaltlich definieren, wie andere das für sich in Anspruch nehmen. Ja, es stimmt und es ist schwierig unsere StammwählerInnen davon zu überzeugen, dass es darum geht, grüne Politik umzusetzen und Koalitionen nicht nur politisch-kulturell zu bewerten. Das setzt aber voraus, dass wir uns selbst Klarheit darüber verschaffen, wohin wir wollen und was wir bereit sind, dafür zu tun. Es geht darum, unsere Eigenständigkeit inhaltlich zu füllen und damit die Freiheit und den Mut zu haben, eine Chance zu ergreifen, wenn sie sich bietet. Wir machen Politik für die Stadt und nicht für uns selbst.

Wir haben uns in Berlin in die Leerformel der angeblich größten Schnittmengen mit der SPD geflüchtet, weil wir uns damit begnügt haben, die rot-grüne Stimmung in Berlin aufzunehmen, zu meinen, das reiche um die SPD in eine Regierung zu zwingen. Es reichte eben nicht. Gerade zeigt sich, dass es der SPD wohl egal ist, mit wem sie die größten Schnittmengen hat. Es geht ihr darum, ihre Politik umzusetzen.

Persönliche Verantwortung

Die führenden Köpfe einer Kampagne sind immer auch diejenigen, die sich einer kritischen Selbstprüfung unterziehen müssen. Das gilt auch für meine Person, als Fraktionsvorsitzender und als Kandidat auf Listenplatz 4. Dem will ich mich stellen. Ich war dabei, ganz vorn.

Verantwortung übernehmen heißt nicht Asche aufs Haupt und weiter so. Ich habe letztendlich meine Konsequenzen gezogen. Für meine Rolle stelle ich fest:

- Ich war in den letzten fünf Jahren an führender Stelle in der Fraktion mit dafür verantwortlich, wie die inhaltlichen, strukturellen und konzeptionellen Grundlagen für den Wahlkampf gelegt wurden bzw. nicht ausreichend gelegt wurden,
- Ich habe aus Überzeugung mit dafür gesorgt, dass wir und insbesondere die Fraktion sich in die Stadt hinein geöffnet haben, sich die Fraktion damit auch gleichzeitig aus der Umklammerung der SPD gelöst hat und in Zusammenarbeit mit den anderen Oppositionsfraktionen von CDU und FDP eine schlagkräftige Opposition erkennbar war. Dies auch mit der Folge der schwierigen grün-schwarz Debatte im Wahlkampf.
- Ich gehörte zu denen, die im engen Austausch mit der Spitzenkandidatin waren und mit ihr und anderen über strategische Fragen beraten habe. Auch wenn ich nicht mit allem einverstanden war und mich nicht immer durchsetzen konnte, mit meiner Rolle im Wahlkampf und meiner Funktion war dieser Wahlkampf auch mein Wahlkampf.

- Es war meine Aufgabe, für die Einbeziehung der Fraktion in den Wahlkampf zu sorgen, die wichtigen strategischen und taktischen Entscheidungen dafür zu treffen und die Kritik, die an dem Mangel an Einbindung kam, produktiv umzusetzen.
- Ich hätte dafür sorgen müssen, dass die vielen persönlichen Nickeligkeiten, die Antipathien, die Unterstellungen, das Misstrauen und die mangelnde Offenheit und falsche Rücksichtnahme überwunden wird.

Das alles lasse ich mir zurechnen, darüber muss man reden.

Ich habe letztendlich meine Konsequenzen gezogen und übernehme auch Verantwortung für die Fehler, die gemacht wurden.

Verantwortlich bin ich aber auch mit dafür, dass wir in den zwei Legislaturen, in denen ich dabei war, von 9,1 % auf 17,6 % geklettert sind, dass wir neue Kreise und Wählerschichten erreichen konnten, ja und zwar gezielt in der Wirtschaft, unter den Wissensarbeitern, in den aufgeklärten bürgerlichen Schichten.

Dazu stehe ich, das finde ich richtig. Wir müssen diesen Weg weitergehen.

Wenn wir nicht weiter bereit sind für den offenen Dialog mit den aufgeklärten bürgerlichen Schichten, insbesondere der Wirtschaft, mit den Kreativen, den Engagierten, den Wagemutigen, denen, die ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen wollen, wenn wir nicht weiter bereit sind, deren politische Anliegen aufzunehmen, zu diskutieren und in unsere Meinungsbildung einfließen zu lassen, werden wir unseren Anspruch, eine Stadt für alle zu bauen, nicht umsetzen können. Dann werden wir vor allem die Aufgabe, jetzt die ökologisch notwendige Transformation der gesellschaftlichen Grundlagen - und erstmal die der Stadtgesellschaft - nachhaltig, sozial gerecht und zukunftsorientiert zu gestalten, nicht erfüllen können. Dann werden wir uns mit unserer Funktion als ökologisches und soziales Korrektiv begnügen müssen. Auch das wäre eine Funktion, die wir einnehmen könnten. Ich will diese Rolle nicht klein reden, sie ist noch nicht mal notwendig auf Opposition beschränkt. Damit werden wir aber über das, was Rot - Rot in den vergangenen zehn Jahren geboten hat, nicht hinauskommen. Sie ist wichtig, aber nicht ausreichend um gesellschaftlich gestaltend wirken zu können. Es wäre jedenfalls nicht der Anspruch, den ich für die Grünen formulieren würde.

Wenn wir die ökologische Transformation unserer Gesellschaft gestalten wollen, dann brauchen wir die "Opinion Leaders", die Wirtschaft, die Kreativen, die Leistungsträger, die Risikobereiten. Woher sollen wir das Geld nehmen für die notwendigen Investitionen - der Staat ist pleite -, woher sollen wir das Know-how nehmen, für die notwendigen technologischen Entwicklungen, die Initiativen für die Erfindungen und Tüfteleien, wenn wir die Anliegen derer, die sie beisteuern können und müssen, nicht ernst nehmen?

Sowohl-Als-Auch statt Entweder-Oder

2003 schrieb Peter Glotz in "Die Zeit" seiner SPD in Stammbuch:

"Wenn die SPD wirklich strategisch denken will, muss sie zuerst die Klassenstruktur des digitalen Kapitalismus intelligent analysieren. Mit dem Denkmuster "wir hier unten, ihr da oben" hat sie keine Chance mehr. Eine sozialdemokratische Partei wird kaum jemals eine Mehrheit unter den disponierenden Eliten gewinnen, die heute aus Wissensarbeitern bestehen. Wenn sie dort aber nicht wenigstens eine spürbare Mehrheit überzeugt, wird sie unfähig sein, die Gesellschaft zu gestalten. ... Sie braucht die Leute, die Projekte machen, Risiken eingehen und sich schinden."
(Peter Glotz , Die Zeit, Nr. 20, 6.6.2003, Seite 6.)

Das gilt für uns Grüne um so mehr. Wir sind nicht Volkspartei im alten Sinne und sollen es auch nicht werden. Dass wir nicht so werden dürfen, ja nicht einmal den Eindruck erwecken dürfen, zu werden wie SPD und CDU, hat uns das Ergebnis unseres Wahlkampfes in Berlin drastisch vor Augen geführt. Aber um zu gestalten, müssen auch wir uns weiter öffnen, öffnen gegenüber den "disponierenden Eliten", dem aufgeklärten Bürgertum, den Mittelständlern, der Wirtschaft und auch dem aufgeklärten Facharbeitertum, den Gewerkschaften, den Wissensarbeitern, den Kreativen. Und zwar ehrlich und ernsthaft - auch aufnehmend - und nicht im Modus von Tarifverhandlungen.

Und noch eine weitere Gruppe ist für uns hinzuzufügen: die neuen sozialen Bewegungen, zu denen wir als etablierte Partei den Zugang verloren bzw. ihn nicht mehr aufbauen konnten. Dort werden vielleicht nicht die Antworten auf die großen strategischen Fragen unseres Systems gegeben, aber die Fragen werden dort gestellt. Und die sind keineswegs in der Logik "ihr da oben, wir hier unten" gehalten. Diese Bewegungen gehen quer durch alle sozialen Schichten. Und es bleibt eben nicht mehr nur der Linken vorbehalten, die Wirkungsweisen unseres kapitalistischen Systems in Frage zu stellen. Das macht mittlerweile auch ein Frank Schirrmacher. Auch wir müssen wieder Kapitalismus-kritisch sein im besten Sinne. Nur wird das bei uns nicht ausreichen. Wir werden auch Antworten darauf geben müssen, wie wir die ökologisch-soziale Marktwirtschaft unter den derzeitigen Bedingungen noch gestalten wollen und können.

Es geht darum, eine offene Politik zu formulieren und in die unterschiedlichen Wählerschichten hineinzuwirken. Dazu bedarf es auch der unterschiedlichen PolitikerInnen, die dieses Wirken verkörpern. Nicht **Entweder-Oder** sondern **Sowohl-Als-Auch**. Den Dissens haben wir nicht ausgetragen bzw. uns nicht darauf verständigt, wie wir damit umgehen. Wir haben ihn in Berlin mit der Kandidatin zugedeckt. Unsere Linken haben stillgehalten in Erwartung der Fleischtöpfe, an die sie mit ran wollten. Wir Realos haben die Chance gewittert, jetzt den Sprung zu machen, den andere Landesverbände hinter sich haben und überbordend versucht, einen anderen Eindruck zu erwecken, einen Eindruck den der Landesverband in Wirklichkeit noch nicht verkörpert - staatstragend, pragmatisch. Das war zu viel. Eine solche Entschei-

derung lässt sich nicht top down verordnen, die muss ausdiskutiert, gemeinsam entschieden und getragen werden. Wir haben uns über Posten wie den Landesvorsitz verständigt, die Doppelspitze geteilt zwischen Linken und Realos und wieder nichts inhaltlich geklärt. Wir haben die Stärke nicht nutzen können, die in unserer Vielfalt liegt - die einen, die gegenüber den Mietern glaubwürdig für eine soziale Mietenpolitik eintreten und trotzdem wissen, dass wir die Investoren brauchen, um den Gebäudebestand Berlins ökologisch zu sanieren und die anderen, die glaubwürdig bei den Investoren auftreten und für ökologische Investitionen werben und wissen, das Berlin nur mit einer sozial ausgewogenen Mietstruktur funktioniert.

Was war falsch – was können wir für Lehren ziehen

1. Es war falsch, nur nach dem Chefinnensessel zu greifen. Unsere Ansage, Renate bleibt nur als Regierende – die ich sehr unterstützt habe, weil ich dachte Ehrlichkeit wird honoriert und etwas anderes glaubt eh keiner – hat eine Kluft zwischen der Kandidatin und der Stadt entstehen lassen. Das darf man nicht machen.
2. Wir haben uns mit dieser Ansage in ein strategisches Dilemma begeben. Mit dem Absinken der Umfragen fokussierte sich alles auf die Frage grün-schwarz. Einen Plan B konnte es mit der anfänglich getroffenen Grundausrichtung gar nicht geben. Wie hätte der aussehen sollen. Der Fehler wurde am Anfang gemacht.
3. Wir haben die Partei zu wenig einbezogen. Die Angst davor, dass Diskussionen öffentlich werden, dass Unzulänglichkeiten bekannt werden, hat die notwendige Transparenz zu stark beeinträchtigt. Die grüne Partei funktioniert anders als andere Parteien. Dazu müssen wir stehen.
4. Es gab zu spät ein strategisches und legitimes Zentrum für den Wahlkampf. Die Runden, die sich zum Teil informell gebildet und getroffen haben, konnten Entscheidungen vorbereiten und beraten. Formell mussten diese dann von Einzelnen verantwortet und umgesetzt werden. Das hat zu Intransparenz und Verdross geführt. Letztendlich musste dann immer Renate alles auf ihre Kappe nehmen und durchsetzen. Erst sehr spät hat die Gruppe aus Renate, LaVO, FraVo und Wahlkampfmanager funktioniert.
5. Wir haben das, was beschlossen war, nicht konsequent umgesetzt. Der Beschluss der LaVo vom November 2010 zur Struktur des Wahlkampfes wurde nicht verwirklicht. Beschlüsse müssen sichtbar werden.
6. Wir haben nicht dafür gesorgt, dass es arbeitsfähige Strukturen unter Einbeziehung der Fachleute gab, um zumindest in den inhaltlichen Schwerpunkten Konzepte (weiter) zu entwickeln. Es blieb Einzelnen überlassen, etwas in die Hand zu nehmen, das dann mehr oder minder gut funktionierte. Ohne klare Arbeitsstrukturen, die wir aus dem Programmprozess hätten entwickeln müssen, konnten sich keine Verantwortlichkeiten für Einzelne herausbilden. Viele haben gewartet oder nur auf Zuruf funktioniert, nicht aber kontinuierlich im Prozess arbeiten können.
7. Mit der Neuwahl des Landesvorstandes hatten die Linken ihren Anspruch auf die Hälfte des Machtzentrums der Partei umgesetzt, konnten bei der Listenaufstellung ebenfalls die Ansprüche auf Listenplätze für ihre Leute befriedigen. Sie haben jedoch keine weitere sichtbare Verantwortung für den Wahlkampf mit über-

nommen, sich hauptsächlich um ihre Wahlkreise gekümmert oder zum Schluss Breitseiten abgefeuert. Burgfrieden funktioniert nur, wenn man gemeinsam gewinnen oder eben auch gemeinsam verlieren will. Das war bei den Linken nicht der Fall.

8. Die inhaltlichen Felder müssen im Hinblick auf die Wahl über die ganze Legislatur bestellt werden. Nur so kann man zugespitzt mit einzelnen Projekten im Wahlkampf die Grundlinien erkennen. Wir waren inhaltlich nicht klar genug aufgestellt, was die wichtigen grundlegenden Fragen der Stadt angeht. Wir hatten vor allem keine verständlichen Konzepte: Die Zuspitzung auf die Ablehnung zur A100 wird nicht verstanden, wenn sie nicht auf einem verkehrspolitischen Gesamtkonzept, auf das einzelne Entscheidungen immer wieder zurückgeführt werden können, beruht. Das hatten wir nur für wenige Bereiche. Das auszuarbeiten haben wir zu spät angefangen. Der Beschluss der Fraktion "Grüner Aufbruch für Berlin - EINE Stadt für alle" hatte die Felder genannt, die inhaltliche Ausfüllung aber nicht mehr in die Partei getragen. Das Wahlprogramm kann das inhaltliche Vakuum nicht füllen, es kann nur aufsetzen und priorisieren.
9. Wir haben zu wenig zugespitzt. Unsere 10 Punkte kamen zu spät und waren immer noch zu viel.
10. Wir waren zu wenig grün in unserem Auftreten, zu staatstragend.
11. Wir haben keine Klarheit in den Koalitionsaussagen bzw. Wahlaussagen geschaffen.
12. Wir haben uns zu stark an der SPD abgearbeitet.
13. Wir haben die berühmte Formel von der größten Schnittmenge mit der SPD nie gefüllt bzw. die Frage, was ein Bündnis mit der CDU inhaltlich bedeutet, nie aufgerufen. Wir haben Eigenständigkeit gesagt, sie aber nie inhaltlich definiert.
14. Es muss immer ein sichtbares Team um eine Kandidatin geben, wenn auch die Rolle der Spitzenkandidatin dadurch nicht in Frage gestellt werden darf. Gerade weil wir mit unterschiedlichen Personen in unterschiedliche Milieus wirken wollen, brauchen wir so ein Team.
15. Wir müssen endlich lernen offen mit den Stärken und Schwächen unserer Leute umzugehen. Nicht jeder kann alles und ist für jede Situation der richtige. Das, was in allen anderen Bereichen selbstverständlich ist, können wir nicht umsetzen – Stärken stärken und Schwächen ausgleichen. Dazu muss man sie benennen (dürfen). Abzuwarten, bis jeder selbst darauf kommt, was er kann und was nicht, kostet Zeit und Arbeit. Beides war und ist kostbar.
16. Wir müssen unsere eigenen Strukturen - Trennung von Amt und Mandat, Doppelspitzen - auf ihre Tauglichkeit hin überprüfen.

Berlin, 23.11.2011

Volker Ratzmann